



**Dr. med. Peter Liese**

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

KOORDINATOR (SPRECHER) DER EVP-FRAKTION IM AUSSCHUSS FÜR UMWELTFRAGEN,  
VOLKSGESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT  
MITGLIED DES CDU-BUNDESVORSTANDS

12.05.2016

## **Klimaschutz - Europäischer Rahmen und die Situation in der Demokratischen Republik Kongo**

Vortrag beim Umweltausschuss des Kirchenkreises Iserlohn

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich ganz herzlich für die Einladung zu dieser interessanten Veranstaltung. Ich freue mich auch, dass die Geschwister aus Boende und Lofoy heute hier anwesend sind.

### **Bedeutung des Klimaschutzes**

Mit großem Interesse haben die Menschen auf der ganzen Welt die vergangene Klimakonferenz in Paris verfolgt. Das Ergebnis ist ein toller Erfolg und das Prädikat "historisch" ist für die Einigung auf einen Klimaschutzvertrag in der französischen Hauptstadt keineswegs übertrieben.

Aber warum ist der Klimaschutz eigentlich so wichtig? Klimawandel ist eine der größten Bedrohungen für die Menschheit. Dies sagt nicht nur der Oscar-Preisträger Leonardo DiCaprio, der seine Wurzeln hier ganz in der Nähe in Erkenschwick hat, sondern das sagt z.B. auch das amerikanische Verteidigungsministerium Pentagon. In einer Studie des Pentagon heißt es, dass der Klimawandel für die USA eine größere Bedrohung ist als der internationale Terrorismus. Das Pentagon ist, weiß Gott keine grüne Organisation. Die überwältigende Mehrheit der Wissenschaftler sagt voraus, dass wenn wir nicht gegensteuern, gewaltige Überschwemmungen, Stürme und andere Extremwetterereignisse auf uns zukommen.

Die EKD sagt zum Thema Klimaschutz: *"Wir sind als Ebenbilder Gottes berufen, die Erde als bewohnbaren Lebensraum zu bebauen und zu bewahren (Gen 2,15). Wir bekennen, dass wir mit dem in den Industriestaaten vorherrschenden Lebensstil und einem allein auf Wachstum setzenden Wirtschaftssystem dieser Verantwortung gegenüber Gottes Schöpfung nicht gerecht geworden sind. Unser Lebensstil und unsere Wirtschaftsweise tragen dazu bei, dass die Ressourcen der Schöpfung in*

Europabüro für Südwestfalen  
Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede  
Tel. 0291 9959-13, Fax 0291 9959-27  
E-Mail: [info@peter-liese.de](mailto:info@peter-liese.de)

<http://www.Peter-Liese.de> • [www.facebook.com/peter.liese](http://www.facebook.com/peter.liese) • [www.twitter.com/peterliese](http://www.twitter.com/peterliese)

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 15 E165, 1047 Brüssel  
Tel. 00322/2837981, Fax 00322/2849981  
E-Mail: [peter.liese@europarl.europa.eu](mailto:peter.liese@europarl.europa.eu)

*unverantwortlicher Weise ausgebeutet und Menschen ihrer Lebensgrundlagen und ihrer Lebenschancen beraubt werden. Damit machen wir uns schuldig vor Gott, seiner Schöpfung und unseren Mitmenschen. Der erste Schritt zur Umkehr muss deshalb sein, dass wir uns unser Versagen eingestehen und es nicht länger leugnen, schönreden oder die Probleme auf Nebenschauplätze verschieben"*

## **Klima(un)gerechtigkeit - Auswirkungen des Klimawandels auf Entwicklungsländer**

Fossile Brennstoffe wie Kohle, Gas und Öl sind Hauptverursacher des Klimawandels. Historisch gesehen, haben die westlichen, industrialisierten Länder am meisten der klimaschädlichen Treibhausgase in die Atmosphäre freigesetzt. Rund 58 Prozent des im gesamten 20. Jahrhundert in die Luft geblasenen Kohlendioxids beispielsweise wurden in Europa und den USA erzeugt<sup>1</sup>. Heute ist China für die meisten Treibhausgase verantwortlich, gefolgt von den USA. Aber auch Indien und Brasilien gehören inzwischen mit Europa zu den größten Emittenten von klimaschädlichen Treibhausgasen. Im Jahr 2003 war die Demokratische Republik Kongo, in der ca. 70 Millionen Menschen leben für 46 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente verantwortlich, Deutschland hat im gleichen Jahr ungefähr 20 mal so viele Treibhausgase ausgestoßen (930 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente)!

Unglücklicherweise ist es so, dass diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, wahrscheinlich am meisten darunter leiden werden. Nach Einschätzungen des Weltklimarates (IPCC) ist Afrika der durch den Klimawandel am meisten bedrohte Kontinent. Gleichzeitig wird kein anderer Wirtschaftssektor wie die Landwirtschaft so sehr vom Klimawandel betroffen sein, denn kein anderer ist so abhängig vom Wetter. In der Demokratischen Republik Kongo arbeiten etwa 60% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung in der Landwirtschaft (in 2011). Viele Agrarökonomen befürchten deshalb, dass der Klimawandel zur großen sozialen Frage dieses Jahrhunderts wird. Denn diejenigen, die im globalen Süden für ihr Überleben auf die Landwirtschaft angewiesen sind, werden unter den Folgen des Klimawandels durch Dürren und Missernten am meisten leiden. In der Umwelt-Enzyklika des Papstes "laudato si" heißt es dazu: *" Viele Arme leben in Gebieten, die besonders von Phänomenen heimgesucht werden, die mit der Erwärmung verbunden sind, und die Mittel für ihren Lebensunterhalt hängen stark von den natürlichen Reserven und den ökosystemischen Betrieben wie Landwirtschaft, Fischfang und Waldbestand ab. [...] Tragisch ist die Zunahme der Migranten, die vor dem Elend flüchten, das durch die Umweltzerstörung immer schlimmer wird, und die in den internationalen Abkommen nicht als Flüchtlinge anerkannt werden; sie tragen die Last ihres Lebens in Verlassenheit und ohne jeden gesetzlichen Schutz. Leider herrscht eine allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber diesen Tragödien, die sich gerade jetzt in bestimmten Teilen der Welt zutragen. Der Mangel an Reaktionen angesichts dieser Dramen unserer Brüder und Schwestern ist ein Zeichen für den*

---

<sup>1</sup> Quelle: World Resources Institute  
**Europabüro für Südwestfalen**  
Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede  
Tel. 0291 9959-13, Fax 0291 9959-27  
E-Mail: info@peter-liese.de

<http://www.Peter-Liese.de> • [www.facebook.com/peter.liese](http://www.facebook.com/peter.liese) • [www.twitter.com/peterliese](http://www.twitter.com/peterliese)

**Europäisches Parlament**  
Rue Wiertz, ASP 15 E165, 1047 Brüssel  
Tel. 00322/2837981, Fax 00322/2849981  
E-Mail: peter.liese@europarl.europa.eu

*Verlust jenes Verantwortungsgefühls für unsere Mitmenschen, auf das sich jede zivile Gesellschaft gründet."*

Der Weltklimarat rechnet mit einem Rückgang der Ernteerträge in Afrika bis 2020 um bis zu 50%. Seit den 1990er Jahren sind in der Demokratischen Republik Kongo erhebliche Veränderungen des Niederschlagsverhaltens festzustellen. Extreme Regenfälle sind deutlich häufiger geworden, aber die Trockenzeit nimmt auch zu. Verstärkte Niederschläge haben Erosion und Überschwemmungen zur Folge, die wiederum zur Verschlechterung der Böden sowie Entwaldung führen. Des Weiteren trocknen die Böden infolge des Temperaturanstiegs und längerer sowie trockenerer Trockenzeiten verstärkt aus.

## **Antworten aus der Politik**

Wenn der Klimawandel ungebremst weitergeht, werden hunderte von Millionen Menschen durch Dürre, Überschwemmungen und extreme Wetterereignisse ihren Lebensraum verlieren. Das wird Fluchtbewegungen auslösen, die das, was wir zurzeit in unseren Kommunen leidvoll erleben, nochmal in den Schatten stellen. Hier muss also gehandelt werden. Klimaschutz ist auch Fluchtursachenbekämpfung. Den Klimawandel kann ein Land allein nicht bewältigen. Was kann also die Politik gegen die Klimaungerechtigkeit und den Klimawandel tun?

Schon ganz am Anfang der internationalen Bemühungen zum Schutz des Klimas wurde ein wichtiges Prinzip verankert: Die gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Dieses Prinzip soll dem Umstand Rechnung tragen, dass die Industriestaaten bereits mit dem Beginn der Industrialisierung Treibhausgase emittiert haben und auch heute noch für hohe Pro-Kopf-Emissionen und hohe absolute Emissionen verantwortlich sind. Entwicklungsländer werden von Industriestaaten im Ausbau ihrer Infrastruktur sowie ihrer Energieversorgung unterstützt. Sie bemühen sich um Klimaschutz, jedoch steht ihre (wirtschaftliche und politische) Entwicklung und die damit einhergehende Armutsbekämpfung im Vordergrund.

Als umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, der größten Fraktion im Europäischen Parlament, habe ich an der Klimakonferenz Ende letzten Jahres teilgenommen. Erstmals haben sich praktisch alle Staaten der Erde verpflichtet, nationale Klimaschutzziele zu erfüllen. Dies ist ein extrem wichtiger Durchbruch, weil bei den bisherigen Anstrengungen vor allem die Hauptverursacher des Klimawandels, USA und China nicht dabei waren. Zudem wurde ein Langfristziel vereinbart das vorsieht, dass ab Mitte dieses Jahrhunderts nicht mehr Treibhausgase emittiert werden dürfen als die Atmosphäre langfristig verkraften kann. Dies wird extrem positive Auswirkungen auf die Marktchancen von klimafreundlichen und energieeffiziente Technologien haben. Damit ist die Einigung von Paris nicht nur eine gute Nachricht für die ganze Welt, sondern auch speziell für unsere Region

**Europabüro für Südwestfalen**  
Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede  
Tel. 0291 9959-13, Fax 0291 9959-27  
E-Mail: [info@peter-liese.de](mailto:info@peter-liese.de)

<http://www.Peter-Liese.de> • [www.facebook.com/peter.liese](http://www.facebook.com/peter.liese) • [www.twitter.com/peterliese](http://www.twitter.com/peterliese)

**Europäisches Parlament**  
Rue Wiertz, ASP 15 E165, 1047 Brüssel  
Tel. 00322/2837981, Fax 00322/2849981  
E-Mail: [peter.liese@europarl.europa.eu](mailto:peter.liese@europarl.europa.eu)

Südwestfalen. Bis zuletzt war vor allem die Frage umstritten, wie die Klimapflichten zwischen Industriestaaten und ärmeren Ländern verteilt werden. In der Entschließung, allerdings nicht im Vertragstext, steht, dass den Ländern des Südens jedes Jahr hundert Milliarden Dollar für Klimaschutz und Anpassung von den Industriestaaten zur Verfügung gestellt werden. Es war ein historisches Ereignis, als in Paris über 180 Staaten der Welt einen Vertrag geschlossen haben und sich jeweils zu nationalen Zielen zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen verpflichtet haben. Aber es sind natürlich auch darüber hinaus Anstrengungen erforderlich. Das Pariser Abkommen alleine wird jetzt nicht dazu führen, dass das so wichtige 2-Grad-Ziel erreicht wird. Wie können Treibhausgase in Entwicklungsländern und in Europa vermieden werden?

Die DR Kongo besitzt mit dem tropischen Regenwald des Kongo-Beckens das zweitgrößte Regenwaldgebiet nach dem Amazonas-Waldgebiet. Die Verbesserung des Schutzes und der Bewirtschaftung der Wälder sind essentieller Bestandteil der Antwort der DR Kongo auf den Klimawandel, sowohl wenn es um die Milderung seiner Folgen als auch um die Anpassung an ihn geht. Denn Wälder können eine Menge Treibhausgase wie CO<sub>2</sub> speichern. Wenngleich die Abholzung dieser Wälder in der DR Kongo weniger rasant verlief als in anderen Regionen, sind Entwaldung und Waldschädigung insbesondere rund um die größeren Städte beachtlich. In der DR Kongo wie im gesamten Kongobecken sind die Wälder im formellen wie informellen Sektor eine wesentliche Einkommensquelle und auch wesentlich für die Selbstversorgung der Menschen. Laut Greenpeace-Bericht, wird die DR Kongo bei unveränderter Abholzung des Regenwaldes bis 2050 rund 40 Prozent ihres Regenwaldbestandes verlieren und damit mehr Kohlendioxid ausstoßen als Großbritannien in den vergangenen 60 Jahren. Des Weiteren könnte die Demokratische Republik bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung verstärkt auf erneuerbare Energien setzen: Der Kongofluss könnte aufgrund seiner großen Wassermengen und seiner Geschwindigkeit durch entsprechende Wasserkraftwerke einen großen Teil des Kontinents mit Strom versorgen.

Vor allen Dingen müssen wir aber in Europa zu unseren Klimaschutzverpflichtungen stehen. Wir haben uns in Paris verpflichtet bis zum Jahr 2030 40% unserer Emissionen einzusparen. Dies ist ein ambitioniertes Ziel. Nachdem der Gipfel der Staats- und Regierungschefs dieses Ziel festgelegt hat, habe ich Gelegenheit gehabt, mit Bundeskanzlerin Angela Merkel darüber zu sprechen und sie hat mir noch einmal verdeutlicht, dass wir für die Reduktion um 20% von 1990 an bis 2020 30 Jahre Zeit hatten, für die nächsten 20% haben wir nur 10 Jahre und bestimmte flexible Mechanismen zur Anrechnung in Entwicklungsländer, sogenannte CDMs, die bis 2020 noch möglich sind, werden dann abgeschafft. Es ist also ein ambitioniertes Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es in der EU verschiedene Instrumente. Wichtig ist natürlich der Handel mit CO<sub>2</sub> Emissionszertifikaten. Das System ist marktwirtschaftlich und generiert die Einsparungen da, wo sie am kostengünstigsten sind. Dafür muss es aber funktionieren. In den letzten Jahren sind viel zu viele

**Europabüro für Südwestfalen**  
Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede  
Tel. 0291 9959-13, Fax 0291 9959-27  
E-Mail: info@peter-liese.de

<http://www.Peter-Liese.de> • [www.facebook.com/peter.liese](http://www.facebook.com/peter.liese) • [www.twitter.com/peterliese](http://www.twitter.com/peterliese)

**Europäisches Parlament**  
Rue Wiertz, ASP 15 E165, 1047 Brüssel  
Tel. 00322/2837981, Fax 00322/2849981  
E-Mail: peter.liese@europarl.europa.eu

kostenlose Zertifikate verteilt worden, deshalb ist der Preis immer noch im Keller. Ich bin mir aber sicher, dass sich dies ändern wird. Wir haben eine Reihe von politischen Entschlüssen gefasst, um den Emissionshandel zu stärken, weitere werden folgen. Dabei müssen wir aber immer auch die Wettbewerbsfähigkeit der exportabhängigen, energieintensiven Industrie im Blick haben. Energieeffizienz ist ein weiterer wichtiger Teil unserer Strategie. Emissionshandel alleine kann die Probleme nicht lösen. Da erstens 50% der Emissionen in Bereichen entstehen, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind, z.B. in Gebäuden, und zweitens ein Emissionshandel ohne weitere Rechtsinstrumente die Kernenergie genauso behandeln würde wie Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Dies ist sicherlich aus deutscher Sicht nicht wünschenswert. Viele Bürgerinnen und Bürger in NRW, vor allen Dingen rund um Aachen, machen sich Sorgen um das belgische Kernkraftwerk Tihange. Wir haben bisher nicht die Macht, anderen Mitgliedsstaaten den Ausstieg aus der Kernenergie vorzuschreiben, aber wir sollten politische Rahmenbedingungen in Europa schaffen, die die Kernenergie nicht auch noch unterstützen. Deswegen muss der Emissionshandel um gesetzliche Vorgaben zur Förderung erneuerbarer Energien, aber vor allen Dingen zur Förderung von Energieeffizienz, erweitert werden. Das hat darüber hinaus auch einen weiteren Vorteil: Wenn alle Staaten der Europäischen Union sich um Energieeffizienz kümmern, energieeffiziente Produkte fördern und Marktbarrieren beseitigen, dann sinken die Kosten. Unternehmen können dann nicht nur für den deutschen, sondern für den gesamten europäischen Markt planen. Das ist gut für die Wirtschaft und auch gut für diejenigen, die die Produkte kaufen. Ein weiterer Grund für Energieeffizienz ist unsere starke Abhängigkeit von Energieimporten. Im Jahr 2014 hat die EU täglich fast 1 Milliarde Euro für Energieimporte gezahlt, insgesamt 358 Milliarden Euro für das ganze Jahr. Um diese Zahl ins Verhältnis zu setzen: Es handelt sich um fast so viel Geld wie der gesamte Umsatz der deutschen Autoindustrie im Jahr 2014 (367.9 Milliarden Euro)<sup>2</sup> oder sogar mehr Geld als das Defizit Griechenlands (317 Milliarden Euro)<sup>3</sup> und um beide Themen kümmern wir uns ja aus gutem Grund mit großem Engagement. Nun wäre es vielleicht noch halbwegs erträglich, wenn dieses Geld an bedürftige Menschen in Drittländern geht, die wir aus politischen Gründen gerne unterstützen. Aber das Gegenteil ist der Fall. Das Geld, vor allen Dingen für Öl und Gas, geht nach Russland und den arabischen Raum, zum Beispiel nach Saudi Arabien und Katar. Ich glaube, aus vielen Gründen wäre es gut, wenn wir dorthin nicht mehr einen so großen Scheck überweisen müssten. Reiche Menschen in Saudi Arabien und Katar unterstützen die Terroristen von IS. Wohlgemerkt, nicht der Staat offiziell aber viele reiche Bürger. Und woher kriegen diese reichen Bürger ihr Geld? Zum Teil durch unsere Zahlung für Energieimporte.

---

<sup>2</sup> STATISTICA (2016): UMSATZ DER AUTOMOBILINDUSTRIE IN DEUTSCHLAND IN DEN JAHREN 2005 BIS 2014 (IN MILLIARDEN EURO).  
[HTTP://DE.STATISTA.COM/STATISTIK/DATEN/STUDIE/160479/UMFRAGE/UMSATZ-DER-DEUTSCHEN-AUTOMOBILINDUSTRIE/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/160479/umfrage/umsatz-der-deutschen-automobilindustrie/)

<sup>3</sup> Eurostat (2015): Bereitstellung der Daten zu Defizit und Schuldenstand 2014 - erste Meldung.  
<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6796753/2-21042015-AP-DE.pdf/28a7cf93-61e6-4a81-85c7-1a168866e3ba>

Meine Damen und Herren,

ich finde dieses Geld wäre besser bei der heimischen Industrie und beim heimischen Handwerk angelegt. Wir brauchen also Investitionen in neue Technologien, in effiziente Technologien. Das schafft bei uns vor Ort Arbeitsplätze und Wertschöpfung und hilft der Umwelt. Und in diesem Bereich hat unsere Region, die Region, für die ich im EP zuständig bin, die Region Südwestfalen, sehr viel zu bieten. Südwestfalen hat, was energieeffiziente Technologien angeht, ein riesiges Potenzial und viele Menschen leben heute schon davon. Wenn wir in Deutschland und Europa noch mehr auf Energieeffizienz setzen und ein politisches und wirtschaftliches Klima schaffen, in dem sich Investitionen in Energieeffizienz noch mehr lohnen, wird unsere Region davon profitieren. Wer sich über die Potenziale Südwestfalens in diesem Bereich weiter informieren möchte, dem sei eine Homepage empfohlen, die ich gemeinsam mit Mitarbeitern erstellt habe. Schauen Sie mal rein unter <http://www.energiesparen-suedwestfalen.de/>.

Klimaschutz, Energieeffizienz und Ressourceneffizienz sind dringende Notwendigkeiten, um unseren Planeten vor einer Katastrophe zu bewahren und die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen in der DR Kongo wie anderen Entwicklungsländern zu schützen. Sie sind aber auch zwingend erforderlich, um auf Dauer nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum zu generieren, denn wenn Ressourcen aufgebraucht sind, kann unser Wirtschaftsmodell so nicht weiter funktionieren, und sie sind eine große Chance für unsere Region. Lassen Sie uns kraftvoll daran arbeiten, dass Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind, und Kommunen, die sich hier engagieren, aus Berlin und Brüssel den richtigen Rückenwind bekommen und dass Entwicklungsländer mit ihren riesigen Herausforderungen nicht allein gelassen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ihr Dr. Peter Liese

**Europabüro für Südwestfalen**  
Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede  
Tel. 0291 9959-13, Fax 0291 9959-27  
E-Mail: [info@peter-liese.de](mailto:info@peter-liese.de)  
<http://www.Peter-Liese.de> • [www.facebook.com/peter.liese](http://www.facebook.com/peter.liese) • [www.twitter.com/peterliese](http://www.twitter.com/peterliese)

**Europäisches Parlament**  
Rue Wiertz, ASP 15 E165, 1047 Brüssel  
Tel. 00322/2837981, Fax 00322/2849981  
E-Mail: [peter.liese@europarl.europa.eu](mailto:peter.liese@europarl.europa.eu)